

Rückschritt oder Aufbruch? Lebenswirklichkeiten in Freiburg während der Nachkriegsjahre

Von
URSULA HUGGLE

Das Jahr 1949 war auch für Freiburg und seine Einwohner ein Wendepunkt. Hunger und Not der ersten Nachkriegsjahre waren zu einem großen Teil überwunden – es ging wieder aufwärts.

Wie konnte dieser Wandel innerhalb so kurzer Zeit vor sich gehen, und wie ist es den Menschen in der Stadt während dieser Jahre ergangen? Drei Themenbereiche sind der ersten krisenhaften Phase bis zur Wende gewidmet: Sie befassen sich mit dem sozialen Elend – Hunger, Krankheit und Wohnungsnot –, mit den Requisitionen, Demontagen und der Entnazifizierung und schließlich mit der französischen Besatzungsmacht, die diese Jahre mit geprägt hat.

Die Wende erfolgte mit der politischen und ökonomischen Weichenstellung der Jahre 1948/49. In der Wirtschaft beginnt die Zeit des Aufbruchs durch Marshallplan, Währungsreform und Zonenöffnung. In der Landeshauptstadt Südbadens, in Freiburg, verändert sich das Bild durch die seit 1949 einströmenden Flüchtlinge und Vertriebenen, die „fruchtbare Initiative und guten Willen“ einbrachten, wie ihnen die Stadtverwaltung bescheinigte.¹

Krisenhafte Jahre

Erste Maßnahmen der französischen Besatzungsmacht

Im Januar 1945 schrieb eine junge Frau aus Baden an ihre Verwandten:

„Ich glaube, daß der Krieg trotz der vielen Toten, die wir verloren haben [auch ihr Bräutigam war darunter] verloren ist. Unsere ganze Existenz wird vernichtet, unsere Städte und Dörfer werden ausgebrannt und vernichtet, die Dörfer mit Städtern überfüllt und im wahrsten Sinne des Wortes ausgefressen. Autos wird es nach dem Krieg in ganz Deutschland nicht mehr geben ... Bald werden wir nicht mehr genügend Lebensmittel zur Verfügung haben, um all den vielen Menschen den Hunger zu stillen. Es ist zum Verzweifeln!“²

Diese Zukunftsvision sollte voll und ganz eintreffen, nachdem am 21. April 1945 die ersten französischen Panzer in die Stadt Freiburg eingefahren waren und das Ende des Kriegs angekündigt hatten. Noch kurz zuvor hatte Badens Gauleiter Wagner geäußert, dass sich die Bevölkerung den Westalliierten „teils mit Begeisterung, teils aber doch ohne inneren Widerstand in die Arme“ werfe.³ Die einen begrüßten die Soldaten als Befreier und dankten Gott, die anderen gab es plötzlich nicht mehr,

die Nazis, die Nationalsozialisten. Die höheren Chargen wie der Oberbürgermeister Dr. Kerber hatten die Stadt verlassen, die übrigen tauchten unter.

Auf welche Verhältnisse traf die französische Besatzung in Freiburg? Trümmer so weit das Auge reichte, über 1 Million Kubikmeter Schutt.⁴ Drei Viertel der Wohngebäude waren leicht bis schwer beschädigt, ein Fünftel davon total zerstört. 3.000 Menschen waren bei Angriffen ums Leben gekommen, 3.000 Männer gefallen, 1.300 vermisst, 10.000 in Gefangenschaft. Viele Bewohner hatten die Stadt verlassen, gerade 58.000 – statt 108.000 im Jahr 1939 – lebten noch hier. Die arbeitsfähige Bevölkerung der 18- bis 50-Jährigen umfasste 1946 doppelt so viele Frauen wie Männer,⁵ auf denen nun die ganzen Sorgen der Notjahre lasteten.

In der ersten Phase der Besetzung, die bis in den Sommer hinein andauerte, herrschte Willkür. Es wurde geplündert – auch von ehemaligen Zwangsarbeitern und von Deutschen –, Frauen wurden vergewaltigt. Gleich beim Einmarsch der französischen Armee verhaftete die Besatzungsmacht als Nazis auf der ‚schwarzen Liste‘ stehende Personen, sofern sie nicht bereits aus der Stadt geflohen waren. Schon im Mai musste auf Anweisung der Militärregierung ein Internierungslager für politisch Belastete im Gewann Betzenhausen errichtet werden. Die städtische Verwaltung funktionierte erstaunlicherweise fast reibungslos weiter unter dem noch von Kerber designierten und von den Franzosen bestätigten Juristen Dr. Max Keller, der nicht der NSDAP angehört hatte.⁶ Dieses System des Rückgriffs auf Personen wie auch auf Strukturen der Weimarer Zeit war nach den zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft wohl unumgänglich. So manches wurde aus dem „Dritten Reich“ übernommen, z. B. das Bewirtschaftungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftssystem. Es gab also keinen Leerlauf, keine Stunde Null, zumal auch die Kirchen und andere Institutionen ihre Arbeit weiterführten. Die Industrie- und Handelskammer wurde ebenso wie die katholische Kirche unter Erzbischof Gröber von der französischen Besatzungsmacht bewusst für ihre Zwecke eingesetzt.



Abb. 1 Die Frauen mussten ihren Mann stehen, aber sie sollten nach dem Wahlslogan der Demokraten lediglich stellvertretend für die gefallenen oder noch nicht zurückgekehrten Männer eintreten. Mehr Rechte erhielten sie erst in der fortschrittlichen Badischen Verfassung von 1947, als die häusliche Arbeit der Frau der Berufsarbeit gleichgestellt wurde.

(Stadtarchiv Freiburg, M 7092/2398)

Es ist symptomatisch für die ersten Monate der Besatzungszeit, dass man sich zunächst der umwälzenden Veränderungen nicht voll bewusst wurde, zumal Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen, Reglementierung und Wohnungsnot für die Zeit des Nationalsozialismus ebenfalls typisch gewesen waren. Ein geordnetes Leben begann erst im Herbst, als der Aufbau der Militärregierung Fortschritte zeigte. Im Juli war die französische Landesmilitärregierung von Karlsruhe nach Freiburg gezogen, wo sich schon die örtliche Militärregierung befand.

Da Freiburg die Landeshauptstadt Badens – eigentlich nur Südbadens – war, befanden sich die badischen Ministerien und das Landesernährungsamt ebenfalls dort. Die Wohnungsnot wurde dadurch immer brennender, zumal die Besatzungsmacht zusätzliche Wohnungen für die 3.000 Personen der Landesmilitärregierung forderte. Außerdem kamen im Lauf dieses ersten Besatzungsjahres rund 30.000 Freiburger in ihre Heimatstadt zurück, darunter ehemalige KZ-Insassen, politisch Verfolgte und auch Kriegsgefangene. Eine *liste des nazis typiques* musste anfertigt werden, nach der die Requirierung von Wohnungen vorgenommen wurde. Nebenbei: Wer vorher schon eine einflussreiche Position hatte, verstand es auch nach Kriegsende, sich von den Franzosen sogenannte Schutzbriefe ausstellen zu lassen. Gerade die Beschlagnahme von Wohnraum stieß in der zerbombten Stadt auf heftigen Widerspruch. Zu Beginn des Jahres 1946 wohnten noch mehr als 1.000 Familien in Behelfsunterkünften, in Ruinen, Kellern, Schuppen usw. ohne Kochmöglichkeit. Mehr als 5.000 waren auf Gemeinschaftsverpflegung angewiesen, und weitere 10.000 aßen in Gaststätten. Freiburg hatte mit 8 Prozent den höchsten Anteil an Gemeinschaftsverpflegten in Südbaden.⁷ Die Stadt bildete einen Ernährungsausschuss, und die Freiburger „Nothilfe“, eine Arbeitsgemeinschaft verschiedener Organisationen, richtete Notküchen ein, so z. B. in der *Rhodia*.

Der Hunger und seine Folgen

An knappe Rationen war man seit langem gewöhnt, gehungert hatte man schon Monate vor Kriegsende: Im März 45 standen einem „Normalverbraucher“ gerade 150 g Brot täglich zur Verfügung. Man „schob Kohldampf“, der ewig hungrige Magen rebellierte ständig. Im Sommer 1945 gab es erneut nur 145 g Brot – 3 Scheiben! – auf die entsprechenden Abschnitte der Lebensmittelkarten, dazu etwas Fett und ein paar Kartoffeln, zusammen etwa 600 Kalorien (cal). Die Norm der ausgegebenen Nahrungsmittel war von der französischen Militärregierung auf 1.550 cal festgesetzt worden, wobei diese Zahl noch erheblich unter der vom Völkerbund als Richtwert bestimmten Menge von 2.400 lag. Im Durchschnitt konnten in ‚guten‘ Monaten 1.200 bis 1.300 cal auf Karten bezogen werden, in schlechten um die 1.000, bevor es zur absoluten Krise im Frühjahr 1947 kam. Diese hatte verschiedene Gründe:⁸

- Während des „Dritten Reichs“ waren schon die Reserven aufgebraucht worden.
- 1945 wurde infolge der Kriegseinwirkungen nur etwa die Hälfte der Vorjahresernte erreicht, 1946 fiel die Kartoffelernte außerordentlich gering aus, Saatgut und Düngemittel fehlten.
- Südbaden wies schon vor dem Krieg eine geringe Selbstversorgungsrate mit landwirtschaftlichen Produkten auf. Berechnungen zufolge konnte die Ernährung höchstens zu drei Vierteln aus dem eigenen Gebiet gedeckt werden. Vor allem



Abb. 2 Die Kaiserstraße in Höhe des Münsters. Der Hunger nach Lesestoff war ebenso groß wie das Informationsdefizit. Ab September 1945 erschienen die Freiburger Nachrichten, im Februar 1946 ging daraus die Badische Zeitung hervor. (Stadtarchiv Freiburg, M 75/1, Photo K. Müller)

fehlte es an den Grundnahrungsmitteln Getreide und Kartoffeln, Saatgut und Fleisch.

- Die Franzosen ernährten sich im Unterschied zu den Amerikanern und Engländern aus ihrer Zone, nicht zuletzt, weil die Deutschen während des Kriegs Frankreichs Ressourcen erschöpft hatten.
- Durch die Abschottung der französischen Zone gelangten kaum zusätzliche Lebensmittel nach Südbaden. Außerdem fehlte es an ausreichenden Transportmöglichkeiten.
- Das System der Erfassung der Hektarerträge war fehlerhaft; man geht davon aus, dass etwa 20–30 Prozent mehr landwirtschaftliche Produkte geerntet wurden.

Die französische Besatzungsmacht war sich der prekären Situation durchaus bewusst. Zahlreiche Schriftstücke des Besatzungsarchivs in Colmar zeugen davon.⁹ Dass die schlechte Ernährungslage das Verhältnis zur Besatzungsmacht gefährdete, war ebenfalls bekannt. Nach Aufstellungen der Militärregierung sollte die landwirtschaftliche Produktion eines Jahres sowohl für die Versorgung der Erzeuger ausreichen als auch vier Monate lang die Ernährung der Nichterzeuger, der Städter, sichern. In Freiburg waren 91 Prozent¹⁰ auf Zuteilung angewiesen, die Nahrungsmittel für die übrigen acht Monate mussten also aus anderen Quellen – Importen/Spenden – kommen. Bereits im September 1945 wurden Generalgouverneur Koenig und Generalverwalter Laffon in einer von der Stadt, den Kirchen und den Gewerkschaften erstellten Denkschrift über die prekäre Ernährungslage informiert. Der Beauftragte für das Ernährungswesen, Anton Dichtel, wies noch vor Weihnachten 1945 darauf hin, dass die Getreidevorräte fast völlig erschöpft und auch keine Kartoffelvorräte mehr vorhanden seien. Im selben Monat veröffentlichte die Universität ein Gutachten über die Folgen der Mangelernährung: gravierende Abmagerung der Kinder, Hungersynndrome wie Schwindel, abnorme Müdigkeit, Ohnmachtsanfälle, Ansteigen der Sterbequote, vor allem bei alten Menschen, Zunahme der Tuberkulosefälle.¹¹

In Freiburg waren besonders viele TB-Kranke zu beklagen, jeder Dritte von ihnen starb daran. Medikamente zur Behandlung kamen erst Ende 1949 durch einen internationalen Hilfsfonds, die UNICEF, nach Deutschland. Eine Fürsorgerin berichtete: „6-köpfige Familie Alfred K., ein einziges Zimmer als Wohnung. Frau K. ist tuberkulosekrank und große Infektionsgefahr für die Kinder. Auch hier fehlen jegliche Möbelstücke und Gebrauchsgegenstände. Keine Kartoffeln.“¹²

Im Frühjahr 1946 verhärteten sich die Fronten. Den Deutschen wurde Uneinsichtigkeit vorgeworfen, sei doch die Ernährungssituation weltweit schwierig. Außerdem sei Frankreich vier Jahre lang von den Deutschen ausgeplündert worden. Die Landesvorsitzenden der Parteien und der Kirchen verhielten sich zunächst vorsichtig: Sie wüssten, dass Frankreich unter den Nationalsozialisten sehr gelitten habe und es auch nicht in der Lage sei, den Menschen in Südbaden entscheidend zu helfen. Aber sie warfen der Militärregierung vor, sich in dieser Notlage nicht beim Alliierten Kontrollrat für sie eingesetzt zu haben. Im Mai 1946 war aber die Lebensmittelversorgung in der amerikanischen Zone ebenfalls schlecht, obwohl Zufuhren aus den USA ins Land kamen. Weltweit war die Ernährungslage inzwischen angespannt, in allen westlichen Besatzungszonen wurde die Brotration gekürzt. Präsident Truman ließ

dunkleres Brot in Amerika backen, da die Weizenernten ein großes Defizit aufwiesen.¹³

In dem extrem kalten Winter 1946/47 mit bis zu 20 Grad Kälte wurde die Lage kritisch. Es fehlte an Heizmaterial und an warmer Kleidung, hatte man doch im Jahr zuvor noch alle brauchbaren Kleider für *displaced persons*, ehemalige Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, abgeben müssen. Eine Fürsorgerin berichtet: „Bei grimziger Kälte steht vor einem Bäckerladen zitternd ein 7jähriges Bübchen. Angezogen ist der blasse Junge mit dünnem Anzug, viel zu kurzen Hosen, dünnen Söckchen und ohne Unterwäsche. Er trägt abgelaufene Sandalen, die mit Papierschnur zusammengebunden sind. Die Feststellung ergab, dass der Junge aus einer kinderreichen Familie, die Mutter buchstäblich weder Wäsche, noch Kleidung, noch genügend Nahrung für die Kinder hat.“¹⁴

Und in eben diesem kalten Winter wurden am Bertoldsbrunnen und auf weiteren öffentlichen Plätzen Weihnachtsbäume aufgestellt, an deren Spitze elektrische Kerzen brannten, und dazu noch 4.000 Christbäume von Privatleuten gekauft!¹⁵ Trotz aller Not versuchte man krampfhaft, ein ‚normales‘ Leben zu führen.

Die Hälfte der Freiburger Bevölkerung hatte bis Februar 1947 noch keine Zuteilung an Kartoffeln erhalten, die schon Belieferten hatten sie bereits verzehrt. An der offiziellen Kalorienmenge von rund 1.100 cal fehlten also von vornherein 400 cal. Was stand pro Tag noch zur Verfügung? 15 g Fleisch, 7 g Käse, 1 g Butter, etwas Gemüse und Obst, 2 Scheiben Brot. In der amerikanischen Zone gab es im Mai 1947 ebenfalls keine Kartoffeln und kein Gemüse. Eine junge Frau bestätigte: „Ohne Brot müßten wir verhungern. Die Behauptung, dass es uns in der amerikanischen Zone so unheimlich gut gehe, ist nicht wahr.“ Nur waren dort von vornherein die Zuteilungen höher.¹⁶

Infolge der Unternährung konnten Mütter nicht stillen, die Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahr stieg von 5 auf 19 Prozent, die Arbeitsmoral sank, das politische Interesse war von Apathie bestimmt. Die Petition sämtlicher offizieller Stellen an die französische Militärregierung gipfelte in den Sätzen: „Die politischen Auswirkungen der vorliegenden Ernährungskatastrophe sind verheerend. Eine dem Hunger ausgelieferte Volksmasse ist kein gesunder Boden, auf dem ein neues demokratisches Gemeinwesen aufgebaut werden kann.“¹⁷ Frankreich ließ schließlich Ende Juli 1947 2.000 Tonnen Kartoffeln aus Frankreich in die besetzte Zone führen. Erzbischof Gröber machte in jenem Sommer den Franzosen Vorwürfe wegen der schrecklichen Hungersnot und klagte in einem Hirtenbrief, dass die Besatzungsmacht das meiste für sich behielt. Der Kommentar eines französischen Kontroll-offiziers hierzu lautete lapidar, man brauche sich über die Reaktion der Deutschen keine Sorgen zu machen, „zumal die Leute in unseren Regionen kaum demonstrieren ...“¹⁸ An anderen Orten wurde demonstriert, in Freiburg konnten Streiks im Juni und im August 1947 dank des Einsatzes der Gewerkschaften noch abgewendet werden.¹⁹ Selbsthilfe war angesagt, jedes Stückchen Garten und jeder Park wurde bepflanzt. Außerdem gingen die Freiburger auf Hamsterfahrt ins Umland.

Nach einer Schätzung der deutschen Ärzteschaft konnten dadurch zusätzlich 200 bis 500 cal beschafft werden. Einzelne Firmen, z. B. die *Mez AG*, gingen im Sommer 1947 dazu über, ihre Betriebsangehörigen mit landwirtschaftlichen Produkten

zu versorgen, die sie durch Kompensationsgeschäfte erworben hatten.²⁰ Weitere Lebensmittel konnten auf dem Schwarzmarkt zu astronomischen Preisen gekauft werden: 1 kg Brot für 20,1 kg Butter für 100 Reichsmark.

Besonders schlecht ging es all denen, die nicht hamstern gehen konnten – Alten, Kranken, Müttern mit kleinen Kindern – oder die weder Tauschobjekte noch Geldmittel besaßen. Eine Fürsorgerin hielt in ihrem Bericht fest: „Vor einigen Tagen um die Mittagszeit habe ich eine junge Frau auf der Straße in verzweifelter Verfassung angetroffen. Sie erklärte, dass sie heute nicht einmal eine Suppe als Mittagessen kochen könne, da sie gar nichts habe, auch keine einzige Kartoffel. Die Frau hat vor kurzem entbunden, der Säugling liegt mit Lungenentzündung in der Kinderklinik. Zweijähriges Kind noch zuhause.“²¹ Vor allem in solchen Fällen wirkten sich die bereits 1946 einsetzenden CARE-Pakete und die Spenden vieler Hilfsorganisationen lebensrettend aus.

Auf Druck von England und Amerika verpflichtete sich schließlich die französische Regierung im Sommer 1947 dazu, aus ihrer Besatzungszone keine Lebensmittel mehr zu entnehmen. Da die Versorgungslage in Frankreich aber ebenfalls schwierig war, wurden die Entnahmen erst zum 1. Oktober 1948 eingestellt.²² Von dort an besserte sich dann die Ernährung: Im November standen der Bevölkerung schon annähernd 2.000 cal zur Verfügung. Bald konnte man die – besser ernährten – Selbstversorger nicht mehr von den Normalverbrauchern unterscheiden.

Die problematische Ernährungssituation kann nach heutigem Erkenntnisstand nur zu einem Teil den Entnahmen der Franzosen angelastet werden. Man rechnet, dass sie zwischen 5 und 15 Prozent der vorhandenen Nahrungsmittel für sich oder für den Export verwendeten.²³ Nach Berechnungen, die die französische Besatzungsmacht selbst anstellte, hätten die Zuteilungen 1947 ohne ihre eigenen Entnahmen um 10 Prozent höher sein können.²⁴ Wie hoch nun auch der Prozentsatz der Entnahmen gewesen sein mag – im Gedächtnis der Bevölkerung blieben die Hungerjahre als „düstere Franzosenzeit“ haften.

Entnazifizierung, Demontagen und Entnahmen

Als ebenfalls dunkle Kapitel der französischen Besatzungszeit wurden die Requisitionen und Demontagen sowie die Entnazifizierung wahrgenommen.

Bei der Entnazifizierung²⁵ wurde in der französischen Besatzungszone eine spezielle Vorgehensweise angewandt, sollte sie doch im Rahmen von Umerziehung und Demokratisierung stehen, nur überzeugte Nazis treffen und von den Deutschen selbst durchgeführt werden, natürlich unter französischer Aufsicht. Für die politischen Häftlinge benötigte man ein Internierungslager, daher wurde bereits Mitte Mai 1945 die Stadtverwaltung dazu angewiesen. Schnellstens sollte sie ein *camp de concentration pour internés politiques allemands*, ein Internierungslager für politische Häftlinge, erstellen und einrichten. Material war knapp: zum Aufbau des Barackenlagers wurden ehemalige Unterkünfte von Zwangsarbeitern aus Blumberg verwendet.

Nach der zunächst unsystematisch durchgeführten Entnazifizierung begann im Herbst 1945 das von Generalverwalter Laffon, dem Chef der zivilen Militärregierung, konzipierte Verwaltungsverfahren der *auto-épuration*, das Erhaltung im Amt,



Abb. 3 Eine seltene Aufnahme: Die Verhaftung des Polizeioffiziers Franz Bernhard Aschoff zu Beginn der Besetzung. Auf der Schwabentorstraße stehen vorn französische Panzer; im Hintergrund das Schwabentor, noch mit dem Turmaufsatz von 1901.
(Stadtarchiv Freiburg, M 7092/2098, Photo E.C.P. Armées)

Versetzung, Rückstufung, Pensionierung oder Entlassung vorsah. Von den in städtischen Diensten stehenden Personen waren bis zum Sommer 1945 bereits 120 vom Dienst suspendiert oder entlassen worden.²⁶ In jedem Stadt- und Landkreis wurden Untersuchungsausschüsse gebildet, deren Vorschläge den in Freiburg ansässigen Reinigungskommissionen zu übermitteln waren. Die „Ausmerzungen aller noch vorhandenen unsauberen Elemente“ hatte man sich vorgenommen, aber die Wirklichkeit sah oft anders aus. Der Freiburger Untersuchungsausschuss sprach von „beschämender, fast allgemeiner Unehrlichkeit und Heuchelei, von krampfhaftem Bestreben fast aller, ihre nazistische Vergangenheit zu verleugnen“.²⁷ Hinzu kam, dass belanglose Fälle häufig zuerst untersucht, Entlassungen und Pensionierungen nicht ausgeführt wurden, um nicht wichtige Mitarbeiter zu verlieren. Dies lag auch im Interesse der Besatzungsmacht, die ein reibungsloses Funktionieren der Wirtschaft wünschte. Als die Zeit immer mehr drängte, weil die Entnazifizierung auf Druck der Militärregierung Ende 1946 zum Abschluss gebracht werden sollte, kam es zu eklatanten Fehlurteilen nach dem Motto „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“, wie die Ehefrau eines Betroffenen bitter feststellte. In der Bevölkerung regte sich Empörung bei der Veröffentlichung der Entnazifizierungsliste im Frühjahr 1947, außerdem wurde das Verfahren kritisiert. Immer weniger sah man die Not-

wendigkeit einer politischen Säuberung ein. Zwei Jahre nach Kriegsende, in einer existenziell besonders schwierigen Krise – die Hungersnot war auf dem Höhepunkt –, wollte man nicht auch noch mit der Vergangenheit belastet werden. Allgemein herrschte die Meinung, dass man durch Krieg und Not, Flucht und Vertreibung, Gefangenschaft und Internierung bereits genug gelitten habe. Immer mehr Nazis wurden rehabilitiert, es fand weder eine moralische Selbstreinigung statt, noch eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Zur Schuldfrage äußerte sich ein französischer Kreiskommandant im April 46 sehr deutlich: „Eure Schuld ist es, daß sich in eurer Mitte ein Kult zügelloser Machtgier entfaltete ... Ihr habt Männer groß werden lassen, die nur noch ein menschliches Zerrbild waren ...“²⁸ Im Frühjahr 1947 wurde schließlich das in der amerikanischen Zone angewandte Spruchkammerverfahren übernommen. Nun war es möglich, gegen ein Urteil Revision einzulegen. Bis in die 50er-Jahre hinein wurden daher zahllose Urteile revidiert. Allein in der Stadtverwaltung waren 1949 wieder 200 ehemalige, zum Teil erheblich belastete „PG“s (Parteigenossen) tätig, trotz Einspruchs von Oberbürgermeister Dr. Hoffmann. Insgesamt war in Baden, das besonders milde Urteile aussprach, nur ein Prozent der Bevölkerung von finanziellen oder berufbeschränkenden Sühnemaßnahmen betroffen.²⁹ Die Entnazifizierung war gescheitert, nicht zuletzt auf Grund der politischen Situation, des inzwischen entstandenen „Kalten Kriegs“. Schon bevor die neugegründete Bundesrepublik als erstes Gesetz ein Straffreiheitsgesetz erließ, das auch Nazi-Täter einschloss, hatte die französische Besatzungsmacht im Mai 1947 eine Jugendamnestie und später zwei weitere Amnestien für nominelle Nationalsozialisten verkündet.³⁰

Die andere Seite soll auch zu Wort kommen, die der oft jahrelang als echte oder vermeintliche NS-Überzeugungstäter inhaftierten Personen. Mitte Februar 1948 saßen noch 1.259 Personen im Internierungslager Freiburg-Betzenhausen.³¹ Die meisten waren noch nicht entnazifiziert worden. Die Familien dieser Inhaftierten – ob diese später schuldig gesprochen, aus dem Dienst entlassen oder frei gelassen wurden – hatten es ebenso wie viele Familien von NS- und Kriegsopfern schwer, da der Ernährer ausfiel. Ein Fall soll hier für viele stehen: Ehefrau und Tochter von Herrn H. besaßen zwar ein Haus in Freiburg, aber dieses war von den Franzosen beschlagnahmt worden.³² Die beiden Frauen lebten unter primitiven Verhältnissen in einem möblierten Zimmer eines Gasthauses im Unterechtal, da sie sonst keine Möbel hatten. Die Mutter kochte unten in der Küche des Gasthauses, um Heizmaterial zu sparen. Sie brachten sich mühsam durch mit dem Nähen von Büstenhaltern für eine Freiburger Firma. H. wurde 1949 verurteilt, wobei ihm die Internierungszeit angerechnet wurde.³³ Nach einigen Jahren erhielt er eine Gnadenpension.³⁴

Wie sahen die Deutschen die Entnazifizierung? Aufschlussreich ist eine 1948 vom *Allensbacher Institut für Demoskopie* durchgeführte Befragung. Sie ergab, dass 39 Prozent eine Entnazifizierung für notwendig hielten, 31 Prozent sprachen sich dagegen aus. Einig waren sich jedoch beide Gruppen, dass sie falsch durchgeführt worden war.³⁵

Für falsch, ja sogar für den größten Fehler der Besatzungsmächte hielt man im September 1951 auch die Demontagen und die Requisition von Maschinen. Von den wilden Beschlagnahmungen in den ersten Monaten der Willkürphase – bis zum

Herbst galt das Recht des Siegers – war bereits die Rede. Nun ging es um den Abbau ganzer Firmen und ihrer Anlagen. Auf den Demontagelisten von November 1947 und Juli 1948 traf es in Freiburg vor allem die Firma *Lytax-Werke, Optische Geräte*, die daraufhin die gesamte Belegschaft, 80 Personen, entlassen musste (1956 produzierte diese Firma jedoch wieder). Auf der Demontageliste stand ebenfalls die Schnellwaagenfabrik *Schafferer*, die schließlich verschont wurde.³⁶ Selbst Landesgouverneur Pierre Pène hielt es für widersinnig, kleine Firmen zu demontieren und große „Kriegs- oder Nazi-Unternehmen wie beispielsweise *Daimler-Benz* und *Burda*“ zu schützen.³⁷ Unter dem Druck der Westalliierten mussten die Franzosen schließlich ihre Forderungen auf ein Drittel der ursprünglichen Höhe reduzieren, nachdem dies in der „Bizone“ bereits im Oktober 1947 geschehen war.³⁸

Man muss sich vergegenwärtigen, dass Frankreich die von den Deutschen während des Kriegs verursachten Schäden ersetzt haben wollte und dass dies durch Demontagen, Reparationszahlungen – die im übrigen unter alle Siegermächte verteilt wurden – und durch den Export geschah. Exportiert wurde beispielsweise Holz aus dem Schwarzwald – es sei nur an die „Franzosenhiebe“ erinnert. Im Wagensteigtal ist beispielsweise der gesamte Gemeindewald, 25 ha, von eigens angereisten Elsässern abgeholzt worden. Trotzdem verstanden sich Badener und Elsässer: Gastfreundlich luden die französischen Holzarbeiter gelegentlich die deutschen Forstbeamten zu einem in dieser Zeit besonders willkommenen Vesper mit Rotwein und Käse ein.³⁹

Mit dem Export von Holz wurden reichlich Gewinne erzielt, ebenso wie mit Industriegütern, die 1947 zu 50 Prozent an die französische Besatzungsmacht abgeliefert werden mussten. Zu den Prioritätsbetrieben zählten außer den Forstbetrieben und Sägewerken u. a. die Firma *Rhodiaseta*.⁴⁰ Prioritätsbetriebe erhielten bevorzugt Arbeitskräfte und Rohstoffe sowie zusätzliche Lebensmittel zugeteilt. Dadurch wurde ein Keil zwischen die so Bevorrechtigten und die übrige Bevölkerung getrieben.

Die französische Militärregierung unterstützte den für sie lukrativen Export und regte daher in Freiburg eine Exportausstellung an.⁴¹ Die Badische Industrie- und Gewerbeausstellung, kurz BIGA genannt, fand im Frühsommer 1947 und nochmals im Sommer 1948 statt. Mit Erstaunen registrierte nicht nur die Besatzungsmacht, wozu die badische Industrie trotz Rohstoffmangels, „wilder“ Entnahmen und Demontagen ganzer Industriebetriebe – die Uhrenindustrie wurde besonders geschädigt – fähig war. Was für Hoffnungen verband sowohl das Wirtschaftsministerium als auch die Bevölkerung mit dieser Ausstellung! Der Exporterlös sollte zum Einkauf von Rohstoffen und Lebensmitteln dienen – eine die hungernden Menschen geradezu euphorisch stimmende Nachricht. Internationale Handelsbeziehungen wollte man knüpfen, aus dem engen Zonenkäfig ausbrechen. Zunächst hatte aber die Ausstellung für einige Firmen negative Folgen, unter anderem blockierten die Franzosen die Produktion bestimmter Waren. Von deutscher Seite wurden nun ebenfalls ernsthafte Bedenken vorgebracht: Auf der einen Seite erliege die Industrie fast völlig, während auf der anderen Seite durch solche Ausstellungen ein der Wahrheit nicht entsprechendes Bild der industriellen Leistungsfähigkeit gezeichnet werde. Als die zweite Exportausstellung im Sommer 1948 eröffnet wurde, geschah dies zeitgleich mit der Währungsreform und der Veröffentlichung der letzten Demontageliste der französi-

schen Besatzungsmacht. Verständlicherweise löste diese Demontageliste einen Sturm der Empörung aus, der mit dem Rücktritt der badischen Regierung aus Protest gegen diese neuerlichen Forderungen endete.⁴² Die Militärregierung war sich durchaus bewusst, dass sie bei den Demontagen bisher mit aller Härte und ohne Rücksicht vorgegangen war, aber erst Monate später, im April 1949, gab General Koenig bekannt, dass von den 62 südbadischen Betrieben nun die Hälfte „endgültig“ aus den Demontagelisten gestrichen werde.

Das Verhältnis zur französischen Besatzungsmacht

Bei so widersprüchlicher Politik der französischen Besatzungsmacht wundert es nicht, dass „Otto Normalverbraucher“ damit nicht zurechtkam. Sein Bild schwankte zwischen „Erbfeind“ und höflichem Gentleman hin und her. „La politesse est une vertu française“ war auf einem Spruchband zu lesen, das nach dem Krieg über eine Freiburger Straße gespannt war.⁴³ Mit chevaleresker Höflichkeit wurden oft auch Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt, wie der Freiburger Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Colonel Monteux bescheinigte. Nie habe er ein Wort des Vorwurfs oder des Hasses geäußert, so lange er hier die Leitung der Militärregierung hatte.⁴⁴ Gutes wusste auch Frau P. zu berichten, eine von rund 400 bei der Besatzungsmacht Beschäftigten. Dolmetscher waren sehr gefragt und wurden daher quasi zwangsverpflichtet, mussten doch alle Befehle und Anordnungen übersetzt werden. Gelegentlich entstanden dabei solche Stilblüten wie die Übersetzung von „Annonciation faite à Marie“ (Mariä Verkündigung) mit: „Die Anzeige auf dem Bürgermeisteramt“! Als Frau P. im Sommer 1945 ihre Tätigkeit aufgeben wollte, da sie – wie so viele – unter Schwächeanfällen litt, sorgte ihr französischer Vorgesetzter dafür, dass sie und ihre Kolleginnen künftig gegen Bezahlung von 1,50 RM in der Kantine der Besatzungsmacht essen durften. Offizier in den Kolonien sei ihr Chef zuvor gewesen, erzählte sie. Er habe die Politik der Deutschen für moderner gehalten als die seiner Landsleute.

Eine einheitliche Politik der Franzosen gab es wohl ohnehin nicht. Dem standen die divergierenden Interessen der Regierung in Paris, des Hauptquartiers der Militärregierung in Baden-Baden und der einzelnen Provinzgouverneure entgegen. Selbst innerhalb der Baden-Badener Regierung standen sich unterschiedliche Vorstellungen und Konzepte einer künftigen Deutschlandpolitik gegenüber, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.⁴⁵

Über einiges war man sich jedoch im Großen und Ganzen einig: Die Bürger mussten demokratisiert und umerzogen und das deutsche Staatswesen dezentralisiert werden (was wiederum dem „Altbadener“ Wohleb entgegenkam, der seit August 1947 Staatspräsident Badens war).⁴⁶ Außerdem sollte das deutsche Wirtschaftspotenzial so weit wie nur möglich genutzt werden, um das während des Krieges von den Deutschen ausgebeutete Frankreich wieder aufzubauen. Bei der Realisierung dieses Programms standen Frankreich einmal die eigene widersprüchliche Besatzungspolitik entgegen, zum anderen die Vorstellungen von Amerikanern und Briten, vor allem seit dem Frühjahr 1947 (als Stichworte seien genannt die Außenministerkonferenz in Moskau und der Beginn des „Kalten Kriegs“). Die Diskrepanz zwischen Anspruch – Demokratisierung und Umerziehung – und tatsächlicher Besatzungspolitik

– Requisitionen, Demontagen, Abschottung der Zone, Versorgungsprobleme – sorgte sowohl in Paris wie in der besetzten Zone selbst für harsche Kritik.

Die Jugend zeigte sich völlig desinteressiert an Politik, wie der Chef der Militärregierung Freiburgs, Marcellin, feststellte: „Die müde, schlecht gekleidete Jugend in den Städten ist entgleist. Infolge des Einhämmerns auf den Verstand in der HJ stoßen die Worte Politik und sogar Demokratie bei ihr ins Leere...“⁴⁷ Der Demokratisierungsprozess kam ins Stocken, die Entnazifizierung war weitgehend gescheitert, alte Nazis gelangten wieder in zum Teil einflussreiche Stellungen. Auch der ehemalige Freiburger Kreisleiter Fritsch fand wieder eine Anstellung als Gymnasiallehrer in Baiersbronn.⁴⁸

Aus den Stimmungsberichten, die für die französische Besatzungsmacht angefertigt werden mussten, war wie an einem Barometer ihr jeweiliger ‚Beliebtheitsgrad‘ abzulesen. Er stieg durch solche Aktionen wie Einstellung von Renten- und Unterhaltszahlungen an Angehörige von Kriegsgefangenen und Vermissten nicht gerade an.⁴⁹ In Freiburg waren über 10.000 Personen 1946 auf die Wohlfahrt angewiesen, die Hälfte von ihnen erhielt eine Familien-Notunterstützung, sofern nicht mehr als 500 Mark an Vermögen vorhanden waren. Im Zuge des Umerziehungsprozesses durfte übrigens auch das Wort „Kriegsopfer“ nicht mehr verwendet werden. 1947 wurden in der Badischen Verfassung schließlich wieder Versorgungsgesetze eingeführt, während man in den anderen Besatzungszonen den Deutschen nicht so viel Freiheit einräumte.⁵⁰

Problematisch wirkte das Widersprüchliche der parallel verlaufenden politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Nehmen wir das Jahr 1947. Einerseits verhungern die Deutschen fast aufgrund der unzureichenden Zuteilungen, andererseits werden sie wieder am politischen Leben beteiligt. Sie dürfen wählen und über die

Verfassung ihres Landes (Süd)Baden abstimmen. Die Franzosen kündeten neue Demontagen an, während Amerika gerade eine 180-Grad-Wendung in der Deutschlandpolitik vollzieht. Die Eindäm-



Abb. 4 Das Schild „Einstieg für Deutsche hinten“ über dem Schaffner trug 1947 sicher nicht zur Beliebtheit der Franzosen bei. (Stadtarchiv Freiburg, M 7092/2401)

mungspolitik Trumans – *containment policy* – beginnt, das amerikanische Hilfsprogramm nimmt Form an. Nun konnte die französische Regierung ihre Ziele nicht mehr verwirklichen, eine Wende in der französischen Deutschlandpolitik trat ein.⁵¹

Im Herbst 1947 wurde die Abschottung der französischen Zone gelockert, es wurden wirtschaftliche Beziehungen mit der „Bizone“ aufgenommen. Amerika war der große Retter in den Augen der Deutschen, die französische Politik war in eine Sackgasse geraten. Bitter bemerkte einmal der in Umkirch residierende, von den Einheimischen geschätzte Landesgouverneur Pierre Pène: „Selbst wenn nur ein Franzose hier bliebe, würde er für all Ihr heutiges Elend verantwortlich gemacht werden.“⁵² Gerade er, der Chef der badischen Militärregierung, hatte seine Vorgesetzten immer wieder gedrängt, Baden nicht so sehr zu belasten, um die guten Beziehungen nicht zu gefährden.⁵³

Aber hatten die Deutschen überhaupt eine Vorstellung von einer „wahren Demokratie“, wurde sie ihnen von den Franzosen nahe gebracht? Gerade in der französischen Zone sprachen 1950 zwei Drittel der Bevölkerung über schlechte Erlebnisse während der Besatzungszeit, während es in der englischen Zone nur 37 Prozent waren, wie eine Umfrage ergab.⁵⁴ Der Brief einer jungen Frau aus Karlsruhe, das ja bis zum Sommer 1945 französisch besetzt war und dann der amerikanischen Zone zugeschlagen wurde, bestätigt diesen Sachverhalt. „Es war eine unbeschreibliche, furchtbare Zeit, und wir haben mehr als einmal den Bombenterror wieder zurückgewünscht, wenn wir diesen Terror dafür losgeworden wären ... Man war seines Lebens nicht bei Tage und nicht bei Nacht sicher. Und erst die Vergewaltigungen von den Marokkanern und den ganz Schwarzen! Glücklicherweise ist jetzt unter den Amis in dieser und in vieler anderer Hinsicht Ruhe und Ordnung eingetreten. Wir denken alle mit Schrecken daran, daß die Franzosen zurückkommen könnten.“⁵⁵ Die Angst vor dem „Franzosen schreck“ steckte sehr tief in der Bevölkerung. Gleichzeitig bestand jedoch auch auf französischer Seite Angst und Misstrauen, wie eine im Februar 1947 in der *Badischen Zeitung* veröffentlichte amerikanische Umfrage verdeutlicht:⁵⁶ 56 Prozent der Franzosen hegten Deutschland gegenüber wenig freundliche Gefühle, bei den Engländern waren es nur 36 Prozent, bei den Amerikanern 23 Prozent. Dass Amerika aufgrund des Marshall-Plans – wie auch wegen seines Einsatzes für eine wirtschaftliche Einheit Deutschlands – die größeren Sympathien genoss, ist verständlich. Trotzdem ist es erstaunlich, dass die Politik der französischen Besatzungsmacht auf so wenig Gegenliebe stieß, ließ sie doch gerade dem Land Baden einen breiten Handlungsspielraum, es sei nur an das fortschrittliche Betriebsrätegesetz und an die Sozialversicherungsreform erinnert.⁵⁷ Erst Jahrzehnte später wurde das Frankreichbild revidiert, nachdem neuere Forschungen die französische Reform- und Demokratisierungspolitik offen legten.

Wende und Aufbruch

Rahmenbedingungen für die Wende

Anfang 1946 hatte Präsident Truman bezüglich der Ernährungslage noch geäußert, dass es nicht den amerikanischen Idealen entspreche, die „Feinde“ Hungers sterben zu lassen, selbst wenn ihre Lage das Ergebnis ihrer Irrtümer und ihrer Fehler sei.⁵⁸

Diese Sichtweise änderte sich bald im Zuge des beginnenden „Kalten Kriegs“ (Frühjahr 1947). Auf dem politischen Parkett bahnte sich eine Wende in der Besatzungspolitik an, die den Aufbruch ankündigte. Was die Alliierten nun brauchten, waren Verbündete, ein Bollwerk gegenüber der Sowjetunion. Folge davon war der Marshall-Plan, von dessen Wirtschaftshilfen auch die Deutschen profitieren sollten. Eine ungewöhnliche Reaktion auf dieses Hilfsprogramm zeigte übrigens der Badische Gewerkschaftsbund, der den Marshall-Plan unter dem Einfluss der kommunistischen Gewerkschaften ablehnte, sehr zum Ärger der Freiburger Bevölkerung. Die ersten Lieferungen aus dem Marshall-Plan bestanden in Lebensmitteln, die im Frühsommer 1948 die Kalorienzahl der ausgegebenen Nahrungsmittel auf die von den Franzosen ursprünglich festgesetzten 1.550 cal ansteigen ließen. Aber noch fehlte etwas Entscheidendes: eine Währungsreform.

Anfang 1946 war schon über eine „Erneuerung“ der Währung diskutiert worden, als sie in Österreich durchgeführt wurde. Zu diesem Zeitpunkt befürchteten aber viele, durch eine Abwertung völlig zu verarmen. „Wir haben nur mehr so wenig Geld, daß wir, wenn eine Entwertung vorgenommen wird, unweigerlich in die größte Not verfallen.“⁵⁹ Zu viele Ersparnisse waren bereits in die dunklen Kanäle des Schwarzmarktes geflossen. Andererseits war aber ein Geldüberhang vorhanden, dem keine Waren gegenüberstanden. Die sozialen Probleme kündigten sich also bereits vor der Währungsreform an. Amerika drängte jedoch auf eine Abwertung, während die französische Besatzungsmacht einer Währungsreform eher zögerlich gegenüberstand, nicht zuletzt wegen der guten Exportmöglichkeiten.

Pläne für eine Reform lagen seit langem vor, denn in Freiburg hatte sich der Freiburger Kreis schon Anfang der 40er Jahre mit dem Übergang von der planwirtschaftlichen Kriegswirtschaft zu einer marktwirtschaftlichen Friedensordnung befasst.⁶⁰ Für die Freiburger Nationalökonomien Walter Eucken, Constantin v. Dietze und Adolf Lampe setzte dies allerdings eine Währungssanierung voraus. Die Professoren waren von 1945 bis 1947 für die französische Militärregierung als Gutachter im Rahmen des *Comité d'Etudes* tätig, allerdings ohne mit ihren Vorstellungen bei der Besatzungsmacht Erfolg zu haben.

Die Währungsreform und ihre Folgen

Inzwischen arbeiteten die Geldpressen jenseits des Ozeans bereits mit Hochdruck, seit dem Frühjahr 1948 lagen die neuen Geldscheine im Keller der Frankfurter Reichsbankhauptstelle, ohne dass die Bevölkerung davon wusste. Nur in der Gerüchteküche brodelte es schon seit März. „Die Probleme, die uns in allererster Linie hier beschäftigen, drehen sich um die Währungsreform. Alles spricht, denkt und schreibt nur davon, und trotzdem hält man alles, was damit zusammenhängt, geheim...“ schrieb eine junge Frau an ihre Familie. Das war am 13. Juni 1948, eine Woche vor der Währungsreform. Der Tag X rückte näher, zum letzten Mal wurde mit „Zigarettengeld“ bezahlt.⁶¹ Vor den Postämtern in Freiburg bildeten sich Schlangen, da viele noch ihre Miete oder ihre Telefon-, Gas- und Stromrechnung mit dem alten Geld begleichen wollten. Die Lebensmittelläden wurden restlos ausgekauft, Unsicherheit und Nervosität herrschte in der Stadt. Man erfuhr nur, dass eine sogenannte Kopfquote ausbezahlt werden sollte. Am 19. Juni 1948 wurde abends um 18



Abb. 5 Das neue Geld kann seine Herkunft aus Amerika nicht verleugnen. Die Scheine ähneln den Dollarnoten. (Photo Deutsche Bundesbank Frankfurt a. M.)

Uhr im Rundfunk verkündet: „Das erste Gesetz zur Reform der deutschen Währung, das von den Militärregierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs erlassen wurde, tritt am 20. Juni in Kraft. Abwertung 10:1. Die neue Währung heißt Deutsche Mark.“ Über die wichtigsten Details berichteten am Samstag Sondernummern der in Freiburg verbreiteten Parteiblätter und die *Badische Zeitung*. Am Sonntag konnte jeder der 92.000 bezugsberechtigten Freiburger die ersten 40 von insgesamt 60 DM abholen.⁶²

Zweifellos begünstigte die Währungsreform einseitig die Besitzer von Sachwerten und enteignete bis zu einem gewissen Grad die Geldwertbesitzer, weil das Eigentum an Grund und Boden, Maschinen und Waren von der Neuordnung unberührt blieb. Es sollte noch Jahre dauern, bis die größten Härten durch entsprechende Gesetze – z. B. den Lastenausgleich – gemildert wurden. Die Erwartung der Kleinsparer, dass man ihre soziale Lage berücksichtigen und für sie eine Sonderregelung treffen würde, erfüllte sich jedenfalls nicht.

Eine junge Frau berichtete über den Wandel nach der Währungsreform: „Es ist erstaunlich, wie sich das Bild sofort schlagartig änderte. Die Auslagen in den Geschäften machen einen geradezu friedensmäßigen Eindruck. Das ist freilich alles mit Einschränkung verstanden. Aber für unsereins war der Umschwung doch, ich möchte sagen, überwältigend. Alle Kleinigkeiten sind wieder da. Nicht nur Zahnbürsten oder kleine Lederriemen für die Armbanduhr oder Bleistifte oder alle möglichen Sorten von so dringend erwünschten Papierwaren. Kurz alle die Dinge, die es jahrelang einfach nicht gab ...“⁶³ Ebenso euphorisch äußerte sich die Militärregierung Freiburg in ihrem Jahresbericht.⁶⁴

Eine soziale Reform?

Nach dem ersten Staunen vor gefüllten Schaufenstern wurde schon im Juli 1948 harsche Kritik an der Währungsreform laut: 46 Prozent der zu diesem Thema Befragten waren der Ansicht, dass man soziale Rücksichten hätte nehmen müssen auf die Flüchtlinge, die Ausgebombten und die alten Leute.⁶⁵ Sehr schnell klappte die Schere zwischen den teilweise frei gegebenen und kräftig ansteigenden Preisen und den stagnierenden Löhnen auseinander. Im Herbst 1948 waren „die Massen unzufrieden“, wie sich Wirtschaftsminister Lais bei einer Tagung in Freiburg ausdrückte. Er fürchtete, dass der Überdruck an sozialen Spannungen zu gewalttätigen Entladungen führen könnte. In Freiburg kam es dann auch am 2. September 1948 zu einer Großkundgebung auf dem Münsterplatz, bei welcher u. a. die Benachteiligung der sozial Schwachen kritisiert wurde.⁶⁶ Im November berichtete die Industrie- und Handelskammer (IHK) Freiburg, dass „das Vertrauen in die D-Mark auf das schwerste erschüttert“ sei und dass man ganz offen von einem gänzlichen Rückfall in die Verhältnisse vor der Währungsreform spreche, ja, man befürchte sogar erneut eine Bewirtschaftung auf einigen Gebieten.⁶⁷ Kurz darauf, am 23. November, verabschiedete der Badische Landtag mit Einwilligung der Militärregierung das Gesetz zur Aufhebung des Lohnstopps.

Der Arbeitsmarkt veränderte sich nun rapide: Waren im Juni noch 4.686 offene Stellen im Kreis Freiburg ausgeschrieben, so war zwei Monate später die Hälfte davon bereits mit „Arbeitswilligen“ besetzt.⁶⁸ Die Entrümmerung ging ebenfalls



Abb. 6 Zwei Monate nach der Währungsreform bemühte man sich in diesem Elektrogeschäft bereits wieder um die Kunden. Dass es inzwischen Konkurrenz gab, hatte man bald begriffen.
(Stadtarchiv Freiburg, Photo Leif Geiges)

schneller vonstatten. Bei Klein- und Mittelbetrieben löste die Währungsreform jedoch teilweise schockartige Wirkungen aus. Ich erinnere mich noch gut, wie mein Vater – wir hatten eine Metzgerei – mit dem Kopfgeld für uns nach Hause kam, die neuen Scheine auf den Tisch blätterte und deprimiert fragte, wie er davon Vieh kaufen und die Angestellten bezahlen solle. Durch den Schwund der Guthaben – von 100 RM blieben schließlich noch 6,50 DM – waren viele Betriebe gezwungen, Arbeiter zu entlassen oder zumindest die Arbeitszeit herabzusetzen. Ein weiteres Problem stellten die vor der Währungsreform wegen Mangels an Arbeitskräften übertariflich bezahlten Löhne und Gehälter dar, so dass Kurzarbeit unvermeidlich war, schon wegen des fehlenden Absatzes. Geld war nur für das Notwendigste vorhanden, die Leute sparten. Die Firmen entließen Arbeiter und Angestellte, die nun – es gab noch keine Arbeitslosenunterstützung, nur eine Kurzarbeiterunterstützung – von den außerordentlich niedrigen Beträgen der Wohlfahrt leben mussten. Für einen Alleinstehenden betrug sie 1951 73 Mark monatlich. Ein Drittel davon verschlang schon die Miete für ein möbliertes Zimmer.⁶⁹

Besonders hart traf es Familien, deren Ernährer sich noch in Gefangenschaft befand oder gefallen war. Bis zur Währungsreform waren zwar über 7.000 Kriegsgefangene entlassen worden, auf 2.000 Freiburger wartete man aber immer noch.⁷⁰

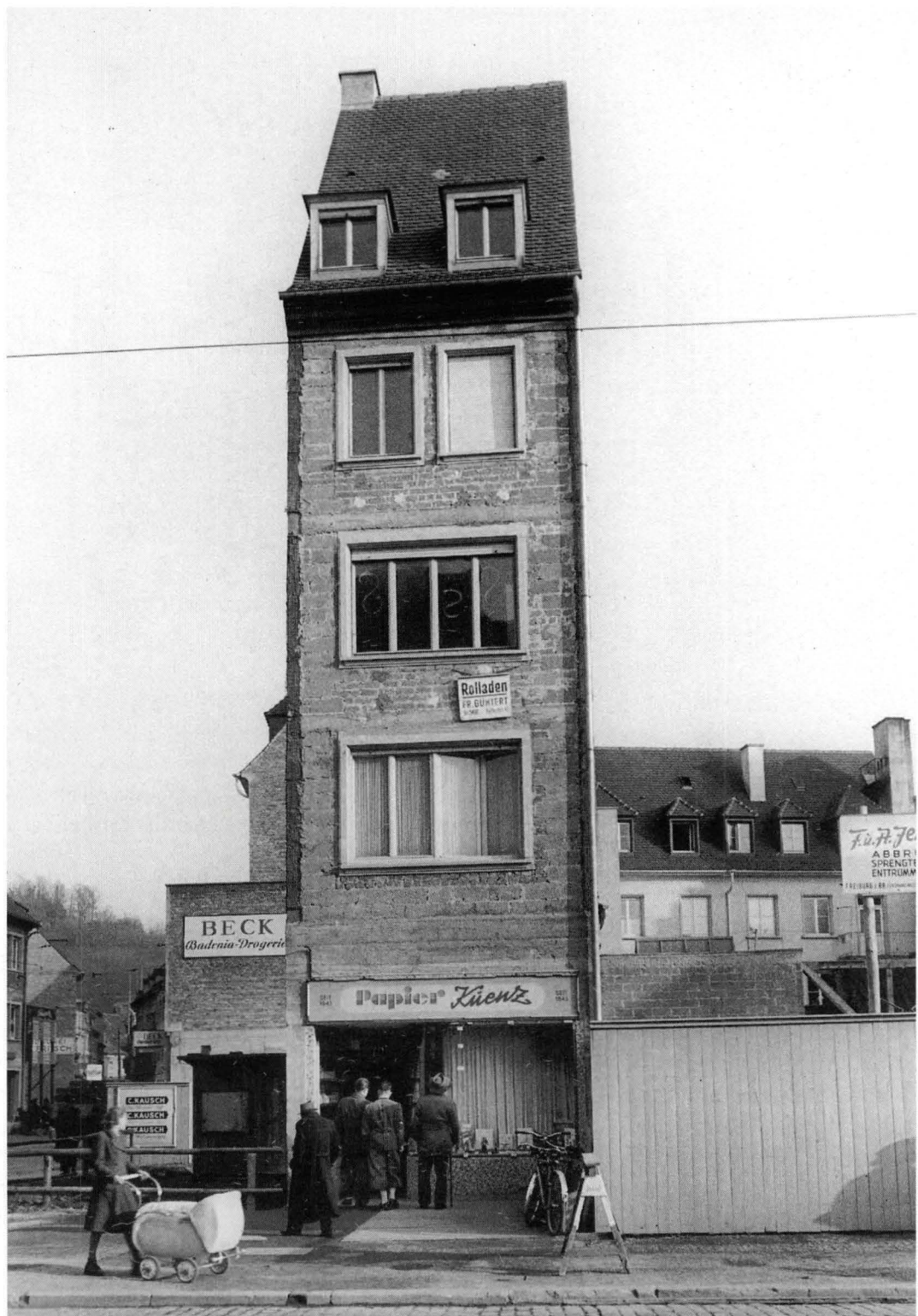


Abb. 7 Vor der Währungsreform waren schon 80 Prozent der leicht beschädigten und ein Drittel der schwer beschädigten Wohnungen in Freiburg wieder in Stand gesetzt worden. Der Wiederaufbau erhielt jedoch erst nach der Währungsumstellung Auftrieb. Hier eines der ersten neuen Geschäftshäuser, das sogenannte Handtuchhaus mit knapp drei Metern Breite in der Kaiserstraße 207, bei dem nach dem alten, bereits im Mittelalter verwendeten Grundriss wieder aufgebaut wurde.
(Stadtarchiv Freiburg, Photo Leif Geiges)

Witwen mussten oft hart ums Überleben kämpfen: Im Frühjahr 1949 entschuldigte sich eine Frau, die vor dem hiesigen Schwurgericht als Zeugin aussagen sollte, folgendermaßen: „Teile Ihnen mit, daß ich leider nicht kommen kann, weil ich keine Kleider und Schuhe habe zum Anziehen, den ich habe nichts mehr. Geherter (sic!) Herr, Sie werden es verstehen, ich bin Mutter von 9 Kinder und da arbeiten 4 davon und 5 sind noch kleiner und wir sind arm.“⁷¹

Wider Erwarten stabilisierte sich die wirtschaftliche Situation, die Währungsreform erwies sich als Motor des Aufbaus in Zusammenhang mit der Unterstützung durch das amerikanische Hilfsprogramm. Der allmähliche Abbau des Bewirtschaftungssystems tat ein übriges, auch wenn es in der französischen Zone zunächst bei einer staatlich gelenkten Wirtschaftspolitik blieb.

1949 stellte die Stadtverwaltung fest: „Dieser berühmte X-Tag, der leider für so viele Klein- und Sozialrentner und alte Leuten, die ihren letzten Spargroschen verloren, ein „Schwarzer Tag“ wurde, hatte überhaupt auf vielen Gebieten ein lebhafteres Tempo zur Folge. Die bis dahin berechtigten Klagen über Mangel an Arbeitskräften und Material sind fast ganz verstummt.“⁷² Selbst die Teuerung und der chronische Kreditmangel konnten die Aufbruchstimmung nicht tiefgreifend überschatten. Ein Modegeschäft führte im Herbst 1949 wieder Extra-Weiten für die „stärkeren Damen“ wie schon vor dem Krieg, Nürnberger Lebkuchen wurden angeboten, das *Schänzle-Bräu* offerierte eine Metzelsuppe, ein Kochclub wurde gegründet. Unter so manchem Weihnachtsbaum lagen Luxuskleidungsstücke wie Anorak und Skihose, seit einem Jahr wurden Winterferien im Schwarzwald angepriesen, und über Silvester konnte man sogar mit dem D-Zug eine Fahrt ins Blaue antreten. Die *Badische Zeitung* warf den Freiburgern sogar vor, leichtfertig Geld auszugeben. Früher hätten die Leute genauer überlegt, ob und wann sie beispielsweise unbedingt Straßenbahn fahren müssten. Eine Monatskarte kostete schließlich 10 DM!⁷³

Bevölkerungszunahme durch die Flüchtlinge und Vertriebenen

Das Jahr 1949 brachte endgültig die Wende zum Besseren. Das Grundgesetz wurde erlassen und die Bundesrepublik gegründet. Ein Besatzungsstatut grenzte die Rechte und Zuständigkeiten der Westmächte ein, die Demontagen gingen allmählich dem Ende entgegen. Durch den Zusammenschluss der französischen Zone mit der „Bizone“ konnte man wieder aus der „Stacheldrahtumzäunung“, wie eine Frau es nannte, ausbrechen. Die Zeitgenossen sahen in der Vereinigung des Wirtschaftsgebiets einen fast ebenso wichtigen Wendepunkt wie in der Währungsreform.⁷⁴

Baden mit seiner Landeshauptstadt Freiburg sah sich indessen mit neuen Problemen konfrontiert, als es nun Flüchtlinge und Vertriebene aufnehmen sollte. Auf Druck der Amerikaner und Briten hatte die französische Militärregierung jetzt auch ihre Zone für die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen öffnen müssen. Im Unterschied zu den Verhältnissen in den anderen Besatzungszonen befanden sich Ende 1947 nicht einmal 2.000 Flüchtlinge in der Stadt.⁷⁵ Die meisten von ihnen standen im Erwerbsleben, waren also nicht auf öffentliche Fürsorgemittel angewiesen. Zugangsgenehmigungen erteilte das *Gouvernement Militaire* ohnehin nur, wenn ein Arbeitsplatz und eine Wohnung nachgewiesen werden konnten.

Da die Potsdamer Konferenz, auf der die Verteilung der Flüchtlinge in die einzel-

nen Zonen vorgenommen worden war, ohne Mitwirkung der französischen Regierung stattgefunden hatte, fühlte sich diese auch nicht zur Aufnahme von Flüchtlingen verpflichtet. In den anderen westdeutschen Zonen lebten Ende 1950 etwa acht Millionen Vertriebene – davon allein in Bayern 1,9 Millionen –, im französisch besetzten Südbaden waren es bis Ende 1952 lediglich 150.000.⁷⁶ Auch von diesen war Freiburg aufgrund der großen Wohnungsnot ausgenommen gewesen. Aber nun musste in aller Eile das bis Ende 1948 als Internierungslager genutzte Gelände notdürftig instand gesetzt und zum Landesdurchgangslager umfunktioniert werden. Es war weiterhin von Stacheldraht umgeben und hatte nur einen einzigen Ausgang.⁷⁷

Im Spätsommer 1949 kamen die ersten Flüchtlinge nach Freiburg. Die Stadt bereitete ihnen einen warmen Empfang, wie die *Badische Zeitung* berichtete.⁷⁸ Freiburger Familien baten die künftigen Mitbürger sogar zu sich nach Hause. Aber nicht alle Einwohner waren mit dem Zuwachs einverstanden, manche machten den Fremden das Einleben nicht gerade leicht. Eine Rolle dürfte auch gespielt haben, dass zwei Drittel der Flüchtlinge evangelisch waren und in Freiburg auf ein katholisch dominiertes Sozialmilieu trafen, was ihren Integrationsprozess zweifellos nicht erleichterte. „Wir waren halt immer die Zugereisten, man mußte sich das erst erkämpfen“, meinte rückblickend ein ehemaliger Flüchtling. Immer mehr kamen im Lauf der nächsten Jahre: von August 1949 bis Anfang 1960 beherbergte das Lager über 35.000 Personen.⁷⁹ Überwiegend handelte es sich um sogenannte Umsiedler, die bereits mehrere Jahre in anderen Lagern verbracht hatten, in Schleswig-Holstein, Bayern und in Niedersachsen. Später kamen noch Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone hinzu. Keiner war beglückt, von neuem in Lagern und hinter Stacheldraht leben zu müssen, ohne ein Minimum an Intimität.

Noch schlechter erging es den im städtischen Obdachlosen-Asyl in der Klarastraße Einquartierten. Dort hatte man 1950 Baracken eingerichtet, in welchen später auch Umsiedler untergebracht werden mussten. Durch die Einführung der Freizügigkeit im Juni 1950 war der Strom der Umsiedler nochmals angewachsen. Gerade 2,8 m² Wohnraum standen einer Person zur Verfügung – heute sind es mehr als zehn Mal so viel. Zu diesem Zeitpunkt suchten übrigens auch noch 7.000 Einheimische eine Wohnung, 1.000 lebten noch in Behelfsunterkünften.⁸⁰ Man kann also ihren Unmut ob der einströmenden Fremden in gewisser Weise nachvollziehen.

Im Landesdurchgangslager gab es nur Gemeinschaftsverpflegung, die die Freiburger an die gerade erst vergangenen Hungerjahre erinnerte, als sie selbst vor den Suppenküchen der Wohlfahrtsverbände Schlange standen. Im September 1954 wurde die Gemeinschaftsverpflegung eingestellt, und in jeder der Baracken eine Kochecke eingerichtet. Eine Erleichterung für die dort zusammengepferchten Personen brachte das Jahr 1952 durch die Errichtung weiterer Kreisdurchgangslager. Die Stadt Freiburg übernahm nun vier – später noch zwei weitere – der Baracken und richtete sie durch Einziehen von Zwischenwänden als Wohnbaracken her. Diese Maßnahme kann als erster Eingliederungsprozess gesehen werden, auch wenn ein zusätzlicher Zaun sie nun auch vom Durchgangslager trennte.⁸¹

1954 machten die Flüchtlinge bereits 15 Prozent der Einwohner Freiburgs aus.⁸² Der Bevölkerungszuwachs Freiburgs zwischen 1950 und 1961 geht zum größten Teil auf diese Bevölkerungsgruppe zurück. Das Statistische Amt stellte 1949 fest, dass



Abb. 8 Ein Wohnraum in den Trümmern der klinischen Universitätsanstalten in der Albertstraße (Stadtarchiv Freiburg, M 7062)

„das natürliche Wachstum des Volkes in seinem derzeitigen Ausmaß bei weitem nicht ausreicht, um den Grundstock der Bevölkerung in seinem Bestand zu sichern.“⁸³ Die Tendenz zur Überalterung setze sich fort, und man rechne damit, dass sie bis 1975 (!) anhalten werde.⁸⁴ Aber jetzt kamen zusätzlich Menschen in die Stadt, von denen eine starke Antriebskraft ausging. Sie waren froh, endlich aus dem jahrelangen Lagerleben ausbrechen zu können und wieder ein Betätigungsfeld zu haben. Ab Mitte der 50er-Jahre schritt die Entwicklung der Stadt außerordentlich schnell voran, und die Zahl der Beschäftigten nahm von nun an mit jährlich fast 5 Prozent ebenfalls erstaunlich zu.⁸⁵ Inwieweit die zugezogenen Flüchtlinge und Vertriebenen zu diesem Boom beitragen, bedarf noch einer umfassenden Darstellung. Die Stadtverwaltung bescheinigte diesen Zugewanderten jedenfalls „viel guten Willen und oft neue Ideen und fruchtbare Initiative“. Durch ihre Unternehmungslust und ihre Tatkraft seien viele neue Arbeitsstätten entstanden. „Wer hätte gedacht, dass die Stadt sich aus Trümmern, Obdachlosigkeit, Heimatlosigkeit und den Hungersnöten so rasch wieder erhebt,“ äußerte die Stadtverwaltung.⁸⁶ Der Aufbruch war geschafft, das „Wirtschaftswunder“ setzte ein.

Anmerkungen

- ¹ Freiburg im Wandel zwischen Krieg und Frieden (Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau). Im Auftrag des Oberbürgermeisters zusammengestellt vom Statistischen Amt. Frühjahr 1953, S. 10.
- ² Privatbrief vom 27. Januar 1945 (alle Privatbriefe im Besitz der Autorin).
- ³ Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau. Bd. 3. Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart. Hg. von HEIKO HAUMANN und HANS SCHADEK. Stuttgart 1992, S. 368.
- ⁴ Freiburg im Wandel (wie Anm. 1), S. 12.
- ⁵ GERD R. UEBERSCHÄR: Freiburg im Luftkrieg 1939–1945. Mit einer Photodokumentation zur Zerstörung der Altstadt am 27. November 1944 von HANS SCHADEK. Freiburg 1990, S. 380 f.
- ⁶ Geschichte Freiburg (wie Anm. 3), S. 371.
- ⁷ FRANZ FLAMM: Chronik der Freiburger Nachkriegsnot (Manuskript). Bd. 5: Die Hungerchronik Teil 4, S. 36 und davor; Badische Zeitung vom 14. Februar 1947. Herrn Dr. Flamm danke ich herzlich für die Überlassung der Manuskripte.
- ⁸ RUDOLF LAUFER: Industrie und Energiewirtschaft im Land Baden 1945–1952. Südbaden unter französischer Besatzung (Forschungen zur Oberrheinischen Landesgeschichte. Bd. 28). Freiburg/München 1979, S. 159–165.
- ⁹ Archives de l'Occupation française en Allemagne et en Autriche, Dépôt de Colmar (AOC), Bade L 5002/2: 6. Dezember 1947, Schreiben des Commandanten M. Revenusso an das Landesgouvernement; ebd., S. 5, zur psychologischen Sicht.
- ¹⁰ MANFRED BOSCH: Der Neubeginn. Aus deutscher Nachkriegszeit. Südbaden 1945–1950. Konstanz 1988, S. 89.
- ¹¹ Geschichte Freiburg (wie Anm. 3), S. 372; Badische Zeitung vom 14. Februar 1947.
- ¹² MAX BRUECHER: Freiburg im Breisgau 1945. Eine Dokumentation. Freiburg 1980, S. 102.
- ¹³ Badische Zeitung vom 12. Februar 1946.
- ¹⁴ BRUECHER (wie Anm. 12), S. 101.
- ¹⁵ Badische Zeitung vom 24. Dezember 1946.
- ¹⁶ Hierzu: Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. Hg. von KLAUS-JÖRG RUHL. München ³1989, S. 515.
- ¹⁷ Geschichte Freiburg (wie Anm. 3), S. 374.
- ¹⁸ Erzbischöfliches Archiv Freiburg, N b 8/62, Nachlass Gröber. Dort Stimmungsberichte, unter anderen von Pfarrer Knebel, Lörrach.
- ¹⁹ Geschichte Freiburg (wie Anm. 3), S. 374.
- ²⁰ Stadtarchiv Freiburg, C5 1451.
- ²¹ BRUECHER (wie Anm. 12), S. 99.
- ²² KARL-HEINZ ROTHENBERGER: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945–1950 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. Bd. 3). Boppard am Rhein 1980, S. 202.
- ²³ Ebd., S. 144: Rothenberger gibt 5 % an, Bosch (wie Anm. 10, S. 88) 10–15 %.
- ²⁴ EDGAR WOLFRUM/PETER FÄSSLER/REINHARD GROHNERT: Krisenjahre und Aufbruchzeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945–1949 (Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland. Hg. von DIETER LANGEWIESCHE und KLAUS SCHÖNHOFEN, Bd. 3). München 1996, S. 236. Wenn schon die französische Besatzungsmacht von 10 % Entnahmen spricht, waren es vermutlich eher noch mehr. ROTHENBERGER (wie Anm. 22, S. 202) geht davon aus, dass durch die Entnahmen der Tageskaloriensatz um 10–15 % reduziert wurde. Schwerer wog, dass hauptsächlich hochwertige Lebensmittel entnommen wurden, wie eine Aufstellung bei LAUFER zeigt (wie Anm. 8, S. 165), ebenso bei ROTHENBERGER (wie Anm. 22, S. 200 ff.). Nicht zu vernachlässigen ist auch der psychologische Effekt: Wohleben der Besatzungsmacht, Hungern der Bevölkerung. Insgesamt dürfte jedoch die Mangelernährung nur bedingt der Besatzungsmacht anzulasten sein. Stärker ins Gewicht fielen der reduzierte Viehbestand und die geringen Ernteerträge, zum Beispiel bei Brotgetreide, die gegenüber den Vorkriegsjahren auf ein Drittel, bei Kartoffeln sogar auf die Hälfte gesunken waren (BOSCH, wie Anm. 10, S. 126).
- ²⁵ Hierzu umfassend REINHARD GROHNERT: Die Entnazifizierung in Baden 1945–1949. Konzeptionen und Praxis der „Eputation“ am Beispiel eines Landes der französischen Besatzungszone (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Reihe B. Forschungen 123. Bd.). Stuttgart 1991.

- ²⁶ Geschichte Freiburg (wie Anm. 3), S. 386.
- ²⁷ EDGAR WOLFRUM/PETER FÄSSLER/REINHARD GROHNERT: Südwestdeutschland unter französischer Besetzung. Quellen und Dokumente zu Baden und Württemberg-Hohenzollern 1945–1949. Typoskript 2 Bde. Ohne Jahr. Hier Bd. 2/6, Dokument 6 vom 4. März 1946. Äußerung des Vorsitzers des Untersuchungsausschusses für die politische Säuberung der Stadtverwaltung.
- ²⁸ Ebd., Bd. 2/7, Dokument 8. Ansprache in Wolfach aus Anlass der Gedenkfeier für die auf Anordnung des örtlichen SS-Führers am 30. März und 17. April 1945 erschossenen französischen Staatsangehörigen.
- ²⁹ WERNER KÖHLER: Freiburg i. Br. 1945–1949. Politisches Leben und Erfahrungen in der Nachkriegszeit (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Stadt Freiburg i. Br. Bd. 21). Freiburg 1987, S. 242. Während in Baden 20 % entnazifiziert wurden, waren es in Nordwürttemberg-Baden 80 %, in Bayern 74 %. Von diesen wurden in Bayern 3 %, in Nordwürttemberg-Baden 4 % zu Sühnemaßnahmen verurteilt.
- ³⁰ Südwestdeutschland (wie Anm. 27) Bd. 1, Einleitung S. 26.
- ³¹ GROHNERT (wie Anm. 25), S. 167–169.
- ³² Wohnungen von ehemaligen Parteifunktionären wurden gleich requiriert.
- ³³ Am 16. November 1948 war in der britischen Zone ein Urteil ergangen, das die erlittene Internierungshaft für anrechnungspflichtig erklärte.
- ³⁴ Staatsarchiv Freiburg, D 79/4, 1 Ks 4/1949. Heft V, Berichtssache vom 15. Februar 1950. Gegen H. lief erst 1949 ein Entnazifizierungsverfahren.
- ³⁵ Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955. Hg. von ELISABETH NOELLE/ERICH PETER NEUMANN. Allensbach 1956, S. 142. 1953 hielten sie nur noch 23 % für notwendig.
- ³⁶ LAUFER (wie Anm. 8), S. 113: Lytax-Werke; AOC (wie Anm. 9) Bade 5716: 24. August 1948, Schafferer und Lytax-Werke unter „Usines disponibles pour les réparations“.
- ³⁷ AOC (wie Anm. 9), Bade 5716: 28. November 1947. Schreiben des Landesgouverneurs P. Pène an den stellvertretenden Generalverwalter.
- ³⁸ JÖRG FISCH: Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1992, S. 116 Anm. 283.
- ³⁹ Auskunft von Oskar Hog aus Buchenbach.
- ⁴⁰ AOC (wie Anm. 9), Bade L 5001/3: 21. Oktober 1946, Prioritätsbetriebe; Laufer (wie Anm. 8), S. 77 f. Prioritätsbetriebe der Gruppe B mussten nach Vorgabe der Militärregierung 1946 zu 60 %, 1947 zu 50 % für die Besatzungsmacht bzw. den Export produzieren.
- ⁴¹ Stadtarchiv Freiburg, C5/4725 und D.Li.184. Im Oktober 1946 hatte auch der Badische Landwirtschaftsrat über die Schaffung einer „dauernden Exportschau“ beraten (AOC [wie Anm. 9], Bade 5001: 3. Oktober 1946).
- ⁴² PETER FÄSSLER: Badisch, Christlich und Sozial. Zur Geschichte der BCSV/CDU im französisch besetzten Land Baden (1945–1952) (Menschen und Strukturen. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien. Hg. von HEIKO HAUMANN. Bd. 7). Frankfurt a. M. 1995, S. 173.
- ⁴³ Interview mit Frau Pragher, geb. Spitzmüller, am 18. Oktober 1999. „Höflichkeit ist eine französische Tugend.“
- ⁴⁴ Geschichte Freiburg (wie Anm. 3), S. 397.
- ⁴⁵ Der den Sozialisten nahe stehende Generalverwalter Laffon sah seine Aufgabe in einer „rénovation allemande“ mit demokratischen Vorzeichen, während de Gaulle und sein Vertrauter, General Koenig, für eine Zerschlagung der staatlichen Einheit Deutschlands plädierten (WOLFRUM u. a., Krisenjahre (wie Anm. 24), S. 40–42; siehe auch ALAIN LATTARD: Zielkonflikte französischer Besatzungspolitik in Deutschland. Der Streit Laffon-Koenig 1945–1947. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 39 (1991), S. 1–35.
- ⁴⁶ Im Gegensatz zu de Gaulle befürwortete Laffon jedoch eine „weitgehende föderalistische Lösung unter einem gesamtstaatlichen Dach, nicht jedoch Kleinstaaterei“. Laffon schied im November 1947 aus der Militärregierung aus (WOLFRUM u. a., Krisenjahre (wie Anm. 24), S. 41f., S. 46; GROHNERT, Entnazifizierung (wie Anm. 25), S. 222).
- ⁴⁷ KÖHLER (wie Anm. 29), S. 264.
- ⁴⁸ Verzeichnis der Lehrer an den Höheren Schulen von Baden-Württemberg 1977. Hg. vom Philologenverband Baden-Württemberg. Stuttgart, S. 177.
- ⁴⁹ Geschichte Freiburg (wie Anm. 3), S. 629.
- ⁵⁰ Hierzu PETER FÄSSLER in: Die „Franzosenzeit“ im Lande Baden von 1945 bis heute. Zeitzeugnisse

- und Forschungsergebnisse. Hg. von JOSEPH JURT. Freiburg 1992, S. 48. Ausführlich in WOLFRUM u. a., *Krisenjahre* (wie Anm. 24), S. 270 ff.
- ⁵¹ Hierzu EDGAR WOLFRUM: *Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergessenen Zone“ bis zur Bildung des Südweststaates 1945–1952* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Hg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 95). Düsseldorf 1991, S. 301–309.
- ⁵² WOLFRUM u. a., *Krisenjahre* (wie Anm. 24), S. 15.
- ⁵³ *Südwestdeutschland* (wie Anm. 27), S. 24.
- ⁵⁴ *Jahrbuch* (wie Anm. 35), S. 146.
- ⁵⁵ Privatbrief vom August 1945.
- ⁵⁶ Abgedruckt bei BRUECHER (wie Anm. 12), S. 171f.
- ⁵⁷ WOLFRUM u. a., *Krisenjahre* (wie Anm. 24), S. 270–281.
- ⁵⁸ *Badische Zeitung* vom 12. Februar 1946.
- ⁵⁹ Privatbrief vom 19. Juni 1946.
- ⁶⁰ PETER FÄSSLER: *Das Comité d’Etudes – Die Gutachtertätigkeit Freiburger Nationalökonomien für die Alliierten*. In: *Freiburger Universitätsblätter*. 27. Jahrgang Heft 102. Dezember 1988, S. 91–104; CHRISTINE BLUMENBERG-LAMPE: *Oppositionelle Nachkriegsplanung: Wirtschaftswissenschaftler gegen den Nationalsozialismus*. In: *Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus*. Hg. von ECKHARD JOHN u. a. Würzburg 1991, S. 207–220.
- ⁶¹ Siehe dazu WILLI A. BOELCKE: *Der Schwarz-Markt 1945–1948. Vom Überleben nach dem Kriege*. Braunschweig 1986; *Badische Zeitung* vom 8. Juni, 15. Juni, 22. Juni, 29. Juni 1998 (Serie zur Nachkriegszeit von URSULA HUGGLE und PETER FÄSSLER).
- ⁶² KÖHLER (wie Anm. 29), S. 111–114. *Badische Zeitung, Südwestdeutsche Volkszeitung, Unser Tag, Das Volk, Südkurier* 16.–25. Juni 1948.
- ⁶³ Privatbrief.
- ⁶⁴ KÖHLER (wie Anm. 29), S. 114 und 312.
- ⁶⁵ *Jahrbuch* (wie Anm. 35), S. 147–153, hier S. 151.
- ⁶⁶ *Geschichte Freiburg* (wie Anm. 3), S. 411.
- ⁶⁷ AOC (wie Anm. 9), *Bade H 5301*: November 1948, Lage des Handels im Bezirk der IHK Freiburg.
- ⁶⁸ KÖHLER (wie Anm. 29), S. 112.
- ⁶⁹ *Staatsarchiv Freiburg*, D 79/4, 1 Ks 4/1949, Nr. 3 Ziegler.
- ⁷⁰ KÖHLER (wie Anm. 29), S. 97.
- ⁷¹ *Staatsarchiv Freiburg*, D 79/4, 1 Ks 4/1949 Heft V, Berichtssache. Brief von Frau Stöhr aus Breisach vom 22. März 1949 an den Oberstaatsanwalt Röderer.
- ⁷² *Freiburger Adressbuch* 1949.
- ⁷³ *Badische Zeitung* vom 8. November 1949.
- ⁷⁴ *Freiburg im Wandel* (wie Anm. 1), S. 8.
- ⁷⁵ *Badische Zeitung* vom 23. Dezember 1947.
- ⁷⁶ KARL TEPPE: *Trümmersgesellschaft im Wiederaufbau*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 18–19/1995, 23. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, S. 22–33, hier S. 23. Zu Südbaden: *Geschichte Freiburg* (wie Anm. 3), S. 420.
- ⁷⁷ Auf Weisung der Militärregierung durfte das Lager nicht verändert werden, der Stacheldrahtzaun musste also bleiben. Siehe FLAMM: *Chronik* (wie Anm. 7). Bd. 5: *Aus der Geschichte des Landesdurchgangslagers für Flüchtlinge, Heimatvertriebene und Spätaussiedler in Freiburg-Betzenhausen 1949–1960*, S. 13. Zu den Flüchtlingen und Vertriebenen in Freiburg siehe *Geschichte Freiburg* (wie Anm. 3), S. 417–421.
- ⁷⁸ 8. Januar 1949.
- ⁷⁹ FLAMM: *Geschichte Landesdurchgangslager* (wie Anm. 77), S. 14.
- ⁸⁰ *Freiburger Adressbuch* 1949.
- ⁸¹ FLAMM: *Geschichte Landesdurchgangslager* (wie Anm. 77), S. 132, 152.
- ⁸² *Geschichte Freiburg* (wie Anm. 3), S. 630.
- ⁸³ *Freiburger Adressbuch* 1949.
- ⁸⁴ *Freiburg im Wandel* (wie Anm. 1), S. 12.
- ⁸⁵ *Geschichte Freiburg* (wie Anm. 3), S. 432.
- ⁸⁶ *Freiburger Adressbuch* 1955.